

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gericht:

„Tagblatt“ Nr. 6650-58.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. M. 4.80 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, einschließlich Ausland. — Beleg-Preise: Belegblätter nehmen außer dem eigentlichen in Wiesbaden die Belegblätter herauszugeben und in den benachbarten Städten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wp. für deutsche Anzeigen; 35 Wp. für ausländische Anzeigen; 1.00 Wp. für deutsche Anzeigen; 2.00 Wp. für ausländische Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme besonderer Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entwerfender Nachsch. — Anzeigen-Preis: Für die Abends-Ausgabe bis 12 Uhr morgens; für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Sühm 6202 und 6203.

Donnerstag, 10. Januar 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 16. - 66. Jahrgang.

Die uns von der dafür zuständigen Stelle zur Lieferung von Zeitungs-Druckpapier zugewiesene Papierfabrik mußte wegen Kohlenmangels ihren Betrieb einige Tage einstellen und konnte deshalb die für uns bestimmten Papierlieferungen bis jetzt nicht ausführen.

Das „Wiesbadener Tagblatt“ wird infolgedessen bis zum Eingang neuer Papierlieferungen erzwungenermaßen einige Tage in beschränktem Umfang erscheinen. Der Verlag.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 10. Jan. (Fig. Drahtbericht. 3h.) Gestern fand in Brest-Litowsk eine neue Vollziehung der Verhandlungsdelegationen und der russischen sowie auch der ukrainischen Vertretungen statt, die von Seiten des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Grafen Czernin zu sehr bedeutsamen Erklärungen führte. Wir glauben, daß diese Erklärungen in Deutschland allgemeine Zustimmung finden und zur Behebung auch der aufgeregten patriotischen Gemüter beitragen dürften. Bevor der amtliche Bericht vorliegt, sind wir in der Lage, vom gestrigen Verhandlungsverlauf folgendes Bild zu geben:

Trotzdem die Verhandlungen mit einer Ansprache und mit Staatssekretär v. Kühlmann, den Vorsitz zu übernehmen. Der Staatssekretär stellte zunächst die Frage, ob man sich an die bisherigen Formalkriterien halten wollte, und gab dann einen Überblick auf die Vorgeschichte der Friedensverhandlungen. Am 28. November habe die russische Regierung durch Funkpruch ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit allen Kriegführenden Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Graf Czernin habe darauf am Montag, 2. Dezember, erklärt, daß die russische Regierung die nötige Voraussetzung für den Beginn der Friedensverhandlungen enthalte. Aus den Waffenstillstandsverhandlungen entwickelten sich dann die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, die am 22. Dezember begannen und die in zwei getrennte Teile zerfielen. Der erste Teil galt der Erörterung eines allgemeinen Friedens. Am 25. Dezember gaben die Russen dem Vorschlag, die für einen allgemeinen Frieden geltenden Bestimmungen allen Kriegführenden bekannt zu geben und ihnen eine sechstägige Frist zu stellen, um sich zu äußern. Am 4. Januar lag keine Antwort vor, daß die Beschlüsse der Konferenz, die für alle Völker gleich bindende Verpflichtung angenommen hätten.

Das Dokument war damit hinfällig geworden. Für den zweiten Teil der Verhandlungen bestimme jetzt die Hauptaufgabe, dort wieder anzuknüpfen, wo man vom 25. Dezember stehen geblieben war, das heißt, bei der Erörterung über einen Frieden zwischen dem Vierbund und Rußland. In der Zwischenzeit hatte die russische Delegation an General Hoffmann ein Telegramm geschickt und vorgeschlagen, die Fortsetzung der Konferenz auf neutralen Boden, in Stockholm oder dergleichen, stattfinden zu lassen. Namens der deutschen Regierung erklärte der Staatssekretär den unbedingten Entschluß, diesen Vorschlag abzulehnen.

Man sei nicht in der Lage, die in Brest-Litowsk begonnenen Verhandlungen an einem anderen Ort weiterzuführen. Möglicherweise könne man für die Verhandlungen später anzusetzenden Unterhandlungen an andere Orte wählen, nicht aber für die Hauptkonferenz. Seit der Unterbrechung der Friedensverhandlungen am 28. Dezember seien Zweifel aufgetaucht, was die anstehende Aufgabe der russischen Regierung betreffe, zu einem baldigen Frieden zu gelangen. Der Staatssekretär wies auf den Funkpruch der Peterburger Telegraphenagentur, der man amtlichen Charakter beilegte, hin, in dem eine angeblich von dem Wortführer der russischen Delegation am 2. Dezember in Brest-Litowsk erlassene Protesterklärung wiedergegeben wurde. Diese Erklärung war in allen Teilen erfunden. Damit war der Zweck verfehlt worden, die Lage zu verwirren und das Ziel der Friedensverhandlungen zu gefährden. Nur weil die deutsche Regierung annahm, daß der Wunsch der russischen Völker an einem dankbaren geschickten Frieden fortbestehe, drückte sich die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden können. Graf Czernin war es vorbehalten, eine noch deutlichere und energiegeladene Sprache zu führen. Er erklärte, welche Gründe vorliegen, warum der Vierbund in der Erörterung nicht nachzugehen vermöge. Diese Gründe seien erstens technischer Art. Nur in Brest-Litowsk ständen beiden Parteien solche telegraphischen Verbindungen zur Verfügung, daß sie schnell und zuverlässig mit ihren Regierungen verkehren könnten. Diesen telegraphischen Apparat möchten die Vierbündler nicht missen. Zweitens seien die Gründe allgemeiner Art. Graf Czernin sagte: Sie, meine Herren, richteten an uns die Aufforderung, über die Vorbedingungen eines allgemeinen Friedens zu beraten. Auf Ihren Wunsch wurde eine sechstägige Frist vereinbart, damit Ihre Verbündeten Gelegenheit hätten, die hier aufgestellten allgemeinen Bedingungen anzunehmen. Ihre Verbündeten haben nicht geantwortet. Heute handelt es sich nicht mehr um einen allgemeinen Frieden, sondern nur noch darum, einen Sonderfrieden zwischen Rußland und dem Vierbund zu bringen. Eine Verlegung dieser Konferenz würde der Entente Gelegenheit geben, diese Verhandlungen zu stören. Graf Czernin verwies die russischen Delegierten mit allem Ernst darauf, daß die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges allein auf sie fallen würde.

Die türkischen und bulgarischen Delegierten schlossen sich diesen Worten an. General Hoffmann erwiderte darauf, daß wegen der Peterburger Funk-

prüche und Aufreufe, in denen Beschimpfungen Deutschlands und des deutschen Volkes enthalten seien und zu revolutionären Umtrieben aufgefordert wurde. Die österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Militär-Bevollmächtigten schlossen sich diesem Protest an.

Darauf fragte der Vorsitzende Staatssekretär von Kühlmann, ob einer der russischen Delegierten das Wort zu reden wünsche. Trotzky erbat eine Vertagung bis 4 Uhr nachmittags, damit die russische Delegation ihre Antwort formulieren könnte. Um 4 Uhr nachmittags wurde eine weitere Verschiebung erbeten. Wahrscheinlich hat heute sich die zweite Vollziehung begonnen.

Eine Reichskanzlerrede im Hauptauschuß.

L. Berlin, 10. Jan. (Fig. Drahtbericht. 3h.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird Reichskanzler Prof. Hertling in einer der nächsten Sitzungen des Hauptauschusses, wahrscheinlich am Montag, ausführlich auf die Kriegsziele Lord Georges und Wilsons antworten.

Die Bilanz der Luftkämpfe im Dezember

119 Flugzeuge auf feindlicher Seite gegen 82 bei uns.

Der Tagesbericht vom 10. Januar.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 10. Jan. (Kunlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern am Nachmittag lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Ypern wurde ein feindlicher Erkundungsvorstoß der Engländer.

An der übrigen Front blieb die Gefechtsintensität gering.

Im Dezember betrugen die Verluste der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Fesselballone und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgesetzt sind.

Wir haben im Luftkampf 82 Flugzeuge und 2 Fesselballone verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Das freche Friedensprogramm Wilsons.

W. T. B. Washington, 8. Jan. (Reuter.) Wilson übergab heute dem Kongress eine Botschaft, in der es heißt: Einmal, wie schon wiederholt vorher, habe die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und die mögliche Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu erörtern. In Brest-Litowsk

finden Besprechungen zwischen den Vertretern der Mittelmächte statt, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde, zu dem Zweck, festzustellen, ob es möglich sei, diese Besprechung zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zu erweitern. Die Vertreter Rußlands haben nicht allein eine sehr unschöne Darstellung der Grundzüge, auf Grund welcher sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundzüge vorgelegt. Die Vertreter der Mittelmächte legten ihrerseits die Grundlinien zu einer Vereinbarung vor, die, wenn gleich weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig schien, die sie in ein eingehenderes Programm mit positiven Bedingungen hinzusetzen. Dieses Programm brachte keinerlei Zugeständnisse, weder für die Souveränität Rußlands noch zugunsten der Völker, um deren Geschick es sich handelt. Es bedeutete, kurz gesagt, daß die Mittelmächte beabsichtigen, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt hielten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als eine dauernde Wehrung ihrer Länder und Macht zu behalten. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Vertreter Rußlands waren aufrichtig und konnten ernstlich Vorschläge von Eroberungszug und Vorherrschaft nicht in Erwägung ziehen. Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutungsvoll, aber auch sehr verwirrend. Was wollen haben die Vertreter Rußlands es eigentlich zu tun? In dessen Namen sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Rechte der Völkervereinigungen oder für die Minderheitsparteien, für jene militaristisch-imperialistische Minderheit, die bisher ihre ganze Politik sowie die Angelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten, die sie gezwungen haben, an dem Kriege teilzunehmen, beherrscht hat? Wem haben wir nun also zuzuhören? Demen, die im Geiste und nach den Absichten der

Entscheidung des deutschen Reichstags vom 19. Juli 1917 sprachen oder jenen, die den Geist und die Absichten auf eine Eroberung und Unterwerfung verkörpern, oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem, hoffnungslosen Gegensatz zueinander befinden? Das sind sehr ernste und dringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt. Es gibt keine Vermittlung der

Meinung unter den Gegnern der Mittelmächte, keine Unsicherheit über die Grundzüge, keine Unsicherheit hinsichtlich der Einzelheiten.

Geheimtuererei, Unaufrichtigkeit und Mangel in der genauen Feststellung der Kriegsziele sind lediglich aufseiten Deutschlands und seiner Verbündeten. Das russische Volk ist, wie es scheint, vollkommen hilflos gegenüber der unermesslichen Macht Deutschlands. Seine Kraft ist anscheinend gebrochen, aber seine Seele will sich nicht unterordnen. Es appelliert an uns, damit wir sagen, was wir wünschen. Es ist unser inniger Wunsch und unsere sehnliche Hoffnung, daß ein Weg gefunden werde, der uns erlaubt, dem russischen Volk zu helfen und seine weitgesteckten Hoffnungen auf Freiheit und einen dauernden Frieden zu erfüllen.

Unser Programm

Ist ein Programm des Weltfriedens und stellt zugleich das einzig mögliche Programm dar.

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich und öffentlich zustande gekommen sind, und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt betrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist eine vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die Beseitigung, so weit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit von Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Der vierte Punkt ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Aktionen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Punkt 5. Die freie, weithergige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf der strikten Beobachtung des Grundgesetzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.

Punkt 6. Wir müßten ferner die Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einberufen in allen Fragen, die es betreffen, verlangen zum Zweck der freien Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Rußland eine unbefristete und unbedingte Geleisebahn zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationaler Politik einzuräumen, um es in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbstgewählten Staats-einrichtungen willkommen heißen zu können. Darüber hinaus würden wir Rußland eine Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.

Punkt 7. Belgien muß, darin stimmt die ganze Welt überein, gerettet und wieder aufgerichtet werden, ohne irgend einen Versuch, seine Souveränität, deren es sich in der gleichen Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu beschränken.

Punkt 8. Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen 1871 hinsichtlich Elsass-Lothringens zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage stellte, sollte wieder gut gemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder hergestellt werden kann.

Punkt 9. Es müßte eine Verichtigung der italienischen Grenzen nach dem nachstehenden nationalen Bestände durchgeführt werden.

Punkt 10. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Völkern unter den anderen Nationen wir sicherstellen zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Punkt 11. Rumänien, Serbien und Montenegro müßten gerettet werden und die besetzten Gebiete zurückgewonnen werden. Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten. Die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müßten durch einen freundschaftlichen Verkehr gemäß den historischen feststehenden Grundlinien der Unterabteilung und Nationalität bestimmt sein. Auch müßten internationale Garantien für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landesbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

Punkt 12. Den türkischen Völkern des gegenwärtigen osmanischen Reiches müßte die unbedingte Selbstständigkeit gegeben werden, aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter der türkischen Herrschaft stehen, sollen eine ungetrübte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommenen uneingeschränkten Gelegenheit zur autonomen Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollten dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

Punkt 13. Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Völker, die von einer ungetrübten polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt, und dessen politische, wirtschaftliche

